

Bezirk Erfurt

Kopie

Am 13. 10. 1989 fand in der Zeit von 20.00 bis 22.00 Uhr in der Erfurter Augustinerkirche die sogenannte Gründungsveranstaltung der durch den Dozenten der Erfurter Predigerschule

Pfarrer R i c h t e r , Edelbert

vertretenen Initiative "Demokratischer Aufbruch" statt, an der ca. 980 Personen teilnahmen.

Die Begrüßung erfolgte durch den Pfarrer der ev. Kirchengemeinde Erfurt-Gispersleben

D o s t , Hansjörg.

In seinen einführenden Worten sprach er sich für Dialog in unserer Gesellschaft aus und begrüßte die diesbezüglichen Erklärungen des Politbüros des ZK der SED sowie weiterer Mitglieder der Partei- und Staatsführung in den letzten Tagen. Dost übergab Pfarrer Richter das Wort, der die erarbeiteten Dokumente der sogenannten Initiative "Demokratischer Aufbruch" vorstellte und das Anliegen der Veranstaltung erläuterte. Richter verlas die programmatische Erklärung vom 2. 10. 1989 im Wortlaut (operativ bekannt).

Richter erklärte dazu, daß er im Unterschied zur SED, die sich mit der Spaltung Deutschlands abgefunden habe, etwas von der deutschen Identität halte. Ihm sei bewußt, daß dieses unstritten wäre. Hier gäbe es noch viele Vorurteile, worüber diskutiert werden müsse. Außerdem meine er mit deutscher Identität nicht die Wiedervereinigung im konservativen Sinne, vielmehr strebe er einen freiheitlichen Sozialismus an, der eine gemeinsame Grundlage für die deutsche Identität sein könnte.

Der "Demokratische Aufbruch" strebe Freiheit an. Damit meine er auch den Abzug der Besatzungsgruppen und die Blockfreiheit.

~~Kopie~~

Anschließend sprach der operativ bekannte Rechtsanwalt

S c h n u r , Wolfgang/Rostock.

Er sprach sich gegen Angst und Panikmache aus. Die Menschen sollten das Gefühl haben, sich in diesem Land frei bewegen zu können. Er forderte die Anwesenden auf, keine Angst zu haben und einen Weg zu beschreiten, sich den neuen Gegebenheiten bzw. Entwicklungsfragen zu stellen. Seine Aufgabe sei es, daß die "Bewegungen" nicht kriminalisiert werden, da niemand aus Gründen seiner politischen Überzeugung zur Verantwortung gezogen werden könne.

Bezogen auf den Umweltschutz führte Schnur aus, daß hier alle gefordert seien, hier könne man nicht nur den Regierenden Forderungen stellen, sondern müsse diese auch an sich selbst richten.

Bezogen auf Fragen der Wehrdienstverweigerung legte Schnur dar, daß in unserer Gesellschaft bereits 1986 ein Umdenken begonnen habe. Seitdem hätte es keine rechtskräftige Verurteilung eines Wehrdienstverweigerers in der DDR gegeben.

In der sich anschließenden Diskussion wurde auf einzelne Problemstellungen in der "programmatischen Erklärung" sowie auf organisatorische Fragen eingegangen.

Die Fragen bezogen sich im wesentlichen auf folgende Problemstellungen:

- Wehrdienstverweigerung/sozialer Friedensdienst
- Meinungsfreiheit in den Schulen
- Preis- und Subventionspolitik
- vormilitärische Ausbildung in den Schulen
- Glaubens- und Gewissensfreiheit
- Reisefreiheit sowie

Fragen nach der Mitgliedschaft und Mitarbeit sowie nach der Vielzahl der gegenwärtig existierenden "Bewegungen". Eingehend auf Fragen zur Mitarbeit im "Demokratischen Aufbruch" erläuterte Richter, daß diese in mehreren sogenannten Arbeitsgruppen erfolgen sollte.

Folgende Arbeitsgruppen wurden vorgestellt:

- AG "Ökologie"
- AG "Friedensfragen"
- AG "KSZE"
- AG "Satzungsfragen"
- AG "Wirtschaft"
- AG "Demokratie im Betrieb"
- AG "Öffentlichkeitsarbeit"
- AG "Rechtsfragen"
- AG "Gesundheitswesen und Sozialwesen"
- AG "Demokratische Willensbildung - Wahlen"
- AG "Bildung und Erziehung"
- AG "Kunst und Kultur".

Es wurde darauf orientiert, daß sich die Arbeitsgruppen jeweils am 19. 10. 1989, 20.00 Uhr, zusammenfinden, um weitere inhaltliche und organisatorische Fragen zu diskutieren.

(zu Fragen)

Die nächste Zusammenkunft des "Demokratischen Aufbruchs" ist für den 26. 10. 1989, 20.00 Uhr in der Reglerkirche vorgesehen.

Die Veranstaltung verlief ohne Provokationen, Störungen und öffentlichkeitswirksame Demonstrativhandlungen.

Kopie

BSU
000433

11

Der Bundesbeauftragte für die
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Postfach 1193, D-1080 Berlin

Maßnahmen :

1. Kirchenpolitische Auswertung der Veranstaltung im Rahmen von Gesprächen mit kirchenleitenden Amtsträgern durch Vertreter staatlicher Organe zur weiteren Zurückdrängung des politischen Mißbrauchs kirchlicher Veranstaltungen.
2. Weitere Aufklärung der Pläne und Absichten dieses Personenkreises zur vorbeugenden Verhinderung feindlich-negativer Aktivitäten, vor allem für die geplanten Veranstaltungen am 19. 10. 1989 und 26. 10. 1989.
3. Die gewonnenen Erkenntnisse zu den in Erscheinung getretenen Personen fließen in die operative Bearbeitung dieser Personen ein sowie in die Maßnahmen zur politisch offensiven Auseinandersetzung.